**Bericht und Antrag
des Regierungsrates des Kantons Schaffhausen
an den Kantonsrat
betreffend Bereinigung der Sammlung der Motionen und Postulate**

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Gestützt auf §§ 70 und 72 der Geschäftsordnung des Kantonsrates vom 20. Dezember 2000 (GO) unterbreiten wir Ihnen den Bericht über den Stand der Motionen und Postulate.

Gemäss § 70 GO verpflichtet eine erheblich erklärte Motion den Regierungsrat, dem Kantonsrat innert längstens zwei Jahren einen Bericht und Antrag zu unterbreiten. Diese Frist kann auf begründeten Antrag hin durch Beschluss des Kantonsrates verlängert werden. Nach längstens fünf Jahren hat der Regierungsrat dem Kantonsrat eine Vorlage zu unterbreiten, worin er über die Weiterbehandlung oder Abschreibung einer nicht oder nur teilweise erledigten Motion Antrag stellt. Konkret bedeutet dies, dass für Motionen, welche im Jahre 2021 erheblich erklärt und noch nicht umgesetzt worden sind, dem Kantonsrat Antrag auf Fristverlängerung zu stellen ist.

Gemäss § 72 GO geschieht die Berichterstattung und die Erledigung der Postulate auf dieselbe Weise wie bei den Motionen. Hinzuweisen ist allerdings darauf, dass Postulate den Regierungsrat (nur) verpflichten, eine Angelegenheit zu überprüfen und soweit möglich im Sinne des Auftrags tätig zu werden. Nach erfolgter Prüfung ist dem Kantonsrat über das Resultat der Abklärungen Bericht zu erstatten. Der Regierungsrat tut dies in aller Regel im Rahmen der vorliegenden Vorlage über die Bereinigung der Sammlung der Motionen und Postulate, sofern sich nicht die Erstellung eines besonderen Berichts und Antrages an den Kantonsrat als notwendig erweist.

Die GPK hat beschlossen, dass künftig für jede Fristerstreckung bzw. Weiterbehandlung einer Motion oder eines Postulates ein konkretes Datum zu bezeichnen ist. Weiter hat die GPK beschlossen, dass der Anhang der Vorlage an den Kantonsrat künftig mit einer Tabelle zu ergänzen ist, aus welcher die einzelnen Fristverlängerungen der Vorstösse ersichtlich werden.

Alle hängigen Motionen und Postulate werden im Anhang in Form einer Tabelle mit einer Bemerkung zum aktuellen Stand aufgeführt (vgl. Anhang).

1. Motionen

2018/11 Motion Christian Heydecker vom 20. November 2018, erheblich erklärt am 1. Juli 2019 (Ratsprotokoll 2019, S. 605)

Galoppierendes Ausgabenwachstum bei den individuellen Prämienverbilligungen zügeln

[Link zu Motion 2018/11](#)

Antrag:

Fristverlängerung bis 31. Dezember 2024

Begründung:

Die Arbeiten zur Revision des Krankenversicherungsgesetzes sind inzwischen so weit fortgeschritten, dass bis Ende Februar 2024 dem Regierungsrat ein Bericht und Antrag zuhanden des Kantonsrates unterbreitet wird. Der Gesetzesentwurf nimmt die Anliegen der Motion 2018/11 und die Eingaben der Vernehmlassung auf. Gleichzeitig soll auch die Motion Isliker 2019/3 in die Gesetzesrevision aufgenommen werden. Im Idealfall kann das revidierte Gesetz per 1. Januar 2025 in Kraft gesetzt werden.

2019/3 Motion Arnold Isliker vom 23. April 2019, erheblich erklärt am 19. August 2019 (Ratsprotokoll 2019, S. 659)

Revision des Krankenversicherungsgesetzes

[Link zu Motion 2019/3](#)

Antrag:

Fristverlängerung bis 31. Dezember 2024

Begründung:

Nachdem die Beratung zur Aufgaben- und Finanzierungsentflechtung im Kantonsrat abgeschlossen ist und die Motion noch nicht abgeschrieben wurde, wird der Regierungsrat die Motion Isliker im Rahmen der Umsetzung der Motion Heydecker 2018/11 bzw. der laufenden KVG-Revision bearbeiten.

2019/4 Motion René Schmidt vom 29. Oktober 2018, erheblich erklärt am 6. Mai 2019 (Ratsprotokoll 2019, S. 311)

Flächendeckend geleitete Schulen im Kanton Schaffhausen

[Link zu Motion 2019/4](#)

Antrag:

Fristverlängerung bis 30. Juni 2024

Begründung:

Die Vernehmlassungsfrist zur Vorlage «Flächendeckend geleitete Schulen» endete am 8. Dezember 2023. Anschliessend wurde die Vernehmlassung ausgewertet. Der Regierungsrat wird den Bericht zur Vernehmlassung voraussichtlich im Februar 2024 verabschieden. Die Finalisierung der Vorlage dürfte bis März 2024 abgeschlossen sein. Entsprechend wird der Regierungsrat den Bericht und Antrag voraussichtlich im April 2024 an den Kantonsrat überweisen.

2019/9 Motion Christian Heydecker vom 11. November 2019, erheblich erklärt am 29. Juni 2020 (Ratsprotokoll 2020, S. 573)

Mehr Flexibilität in der Lohnpolitik für die Spitäler Schaffhausen

[Link zu Motion 2019/9](#)

Antrag:

Fristverlängerung bis 30. Juni 2024

Begründung:

Im Rahmen eines per Ende 2023 extern erstellten, juristischen Gutachtens wurden die juristischen Umsetzungsmöglichkeiten der Motion fundiert geprüft/erarbeitet. Gestützt auf das Gutachten wird nunmehr eine Vorlage zur Umsetzung der Motion erarbeitet und Ende Februar 2024 dem Regierungsrat ein Bericht und Antrag zuhanden des Kantonsrates unterbreitet.

2020/9 Motion Bruno Müller vom 21. Mai 2020, erheblich erklärt am 7. Dezember 2020 (Ratsprotokoll 2020, S. 1205)

Durchsetzung des Jugendschutzes beim Verkauf von Alkohol

[Link zu Motion 2020/9](#)

Antrag:

Fristverlängerung bis 31. Dezember 2024

Begründung:

Die Referendumsfrist zum neuen Tabakproduktegesetz (TabPG), mit welchem unter anderem die gesetzliche Grundlage für Alkoholtestkäufe in Art. 14a Lebensmittelgesetz geschaffen werden soll, ist am 20. Januar 2022 ungenutzt verstrichen. Gemäss Bund ist das Inkrafttreten des TabPG für Mitte 2024 vorgesehen (vgl. <https://www.bag.admin.ch/bag/de/home/strategie-und-politik/politische-auftraege-und-aktionsplaene/politische-auftraege-zur-tabakpraevention/tabakpolitik-schweiz/tabpg.html>). Damit wird eine kantonale Regelung – wie sie von der Motion gefordert wird – obsolet; dem Ansinnen des Motionärs wird mit der Inkraftsetzung durch den Bund entsprochen. Vor Abschreibung des Geschäfts ist sinnvollerweise bis zur definitiven Inkraftsetzung abzuwarten, weshalb die Frist bis 31. Dezember 2024 verlängert werden soll.

2020/15 Motion Kurt Zubler vom 7. September 2020, erheblich erklärt am 25. Januar 2021 (Ratsprotokoll 2021, S. 174)

Konfliktvermittlung und Korruptionsbekämpfung

[Link zu Motion 2020/15](#)

Antrag:

Fristverlängerung bis 30. Juni 2024

Begründung:

Die Vernehmlassung zum Entwurf eines Gesetzes betreffend Schaffung einer Ombudsstelle des Kantons Schaffhausen und der Gemeinden wurde durchgeführt. Nach Auswertung der Vernehmlassung wird die definitive Vorlage im ersten Quartal 2024 an den Kantonsrat überwiesen.

2020/17 Motion Marcel Montanari vom 9. November 2020, erheblich erklärt am 8. März 2021 (Ratsprotokoll 2021, S. 267)

Weinautomaten mit Alterskontrollen legalisieren

[Link zu Motion 2020/17](#)

Antrag:

Fristverlängerung bis 31. Dezember 2024

Begründung:

Eine entsprechende Vorlage liegt in Entwurfform vor. Aufgrund personeller Engpässe und anderer Prioritätensetzung konnte der im letzten Jahr dargelegte Fahrplan (Start Vernehmlassungsverfahren im ersten Halbjahr 2023 und definitive Vorlage in der zweiten Jahreshälfte 2023 zu Händen des Kantonsrates) nicht eingehalten werden. Die Vernehmlassung und Erarbeitung der definitiven Vorlage zu Händen des Kantonsrates soll bis 31. Dezember 2024 umgesetzt sein.

2021/2   Motion Raphaël Rohner und Rainer Schmidig vom 18. Januar 2021, erheblich erklärt am 23. August 2021 (Ratsprotokoll 2021, S. 769)

Totalrevision des Schulgesetzes jetzt!

[Link zu Motion 2021/2](#)

Antrag:

Fristverlängerung bis 31. Dezember 2026

Begründung:

Die Aufnahme der Arbeiten zu einer formalen Überarbeitung des Schulgesetzes soll nach der Behandlung der Vorlagen «Geleitete Schulen 2019/4» (2024) und «Flächendeckend integrative Schule (ISF) (2025)» im Kantonsrat erfolgen. Eine frühere Behandlung ist aus Kapazitätsgründen und infolge Priorisierung weiterer Vorlagen, wie zum Beispiel «Lohnmodell für die Lehrpersonen der Primar- und Sekundarstufen I und II inklusive Berufsbildung und Tertiärstufe», «Gesamtheitlich optimierte Frühförderung fremdsprachiger Kinder 2029/4», «Starkes Bildungssystem dank doppeltem Fehlbetragsmodell» etc., nicht möglich.

2021/4   Motion Maurus Pfalzgraf und Mayowa Alaye vom 25. Januar 2021, erheblich erklärt am 23. August 2021 (Ratsprotokoll 2021, S. 783)

Schaffhausen erhält ein Energiegesetz

[Link zu Motion 2021/4](#)

Antrag:

Fristverlängerung bis 30. Juni 2024.

Begründung:

Der Entwurf einer Vorlage betreffend «Schaffung des Gesetzes für eine sichere und nachhaltige Energieversorgung im Kanton Schaffhausen (Energiegesetz)» wurde vom Regierungsrat am 5. September 2023 verabschiedet. Die Vernehmlassung dauerte bis Ende November 2023. Derzeit erfolgt die Auswertung. Die Verabschiedung durch den Regierungsrat ist im Q1/2024 geplant. Mit dem dann zu verabschiedenden Bericht und Antrag an den Kantonsrat wird auch die Abschreibung der Motion beantragt.

2021/8 Motion Nihat Tektas vom 8. März 2021, erheblich erklärt am 28. November 2021 (Ratsprotokoll 2021, S. 1108)

Effizienz im Baurecht – Behandlungsfristen im Rechtsmittelverfahren

[Link zu Motion 2021/8](#)

Antrag:

Fristverlängerung bis 31. Dezember 2024.

Begründung:

Der Entwurf einer Vorlage betreffend Revision des Gesetzes über den Rechtsschutz in Verwaltungssachen (Verwaltungsrechtspflegegesetz) wurde vom Regierungsrat am 14. November 2023 verabschiedet. Die Vernehmlassung läuft bis 31. Januar 2024. Anschliessend erfolgt die Auswertung. Die Verabschiedung durch den Regierungsrat ist im Frühling 2024 geplant. Mit dem dann zu verabschiedenden Bericht und Antrag an den Kantonsrat wird auch die Abschreibung der Motion beantragt.

2021/9 Motion Nihat Tektas vom 8. März 2021, erheblich erklärt am 8. November 2021 (Ratsprotokoll 2021, S. 1115)

Effizienz im Baurecht – keine unnötigen Verzögerungen bei noch nicht rechtskräftigen Bauvorhaben

[Link zu Motion 2021/9](#)

Antrag:

Fristverlängerung bis 31. Dezember 2024.

Begründung:

Der Entwurf einer Vorlage betreffend Revision des Gesetzes über den Rechtsschutz in Verwaltungssachen (Verwaltungsrechtspflegegesetz) wurde vom Regierungsrat am 14. November 2023 verabschiedet. Die Vernehmlassung läuft bis 31. Januar 2024. Anschliessend erfolgt die Auswertung. Die Verabschiedung durch den Regierungsrat ist im Frühling 2024 geplant. Mit dem dann zu verabschiedenden Bericht und Antrag an den Kantonsrat wird auch die Abschreibung der Motion beantragt.

2. Postulate

2010/1 Postulat Martina Munz vom 4. Januar 2010, erheblich erklärt am 22. Februar 2010 (Ratsprotokoll 2010, S. 81); Weiterbehandlung gemäss Beschluss des Kantonsrates vom 11. April 2016 (Ratsprotokoll 2016, S. 166)

Anerkennung GA und Halbtax auf der Strecke Schaffhausen-Basel

[Link zu Postulat 2010/1](#)

Antrag:

Fristverlängerung für Weiterbehandlung bis 31. Dezember 2024

Begründung:

Die Verabschiedung des Berichts und Antrags des Regierungsrates an den Kantonsrat betreffend Unterzeichnung der Grundlagenvereinbarung zur Einführung des HBE / Hochrhein-Bodensee-Express (Halbstundentakt Basel–Schaffhausen–Konstanz–St. Gallen) ist im 1. Quartal 2024 geplant. Darin wird auch die Abschreibung der Motion beantragt.

2017/9 Postulat Geschäftsprüfungskommission vom 26. Oktober 2017, erheblich erklärt am 10. März 2018 (Ratsprotokoll 2018, S. 287)

Gesamtheitlich optimierte Frühförderung fremdsprachiger Kinder

[Link zu Postulat 2017/9](#)

Antrag:

Fristverlängerung bis 31. Dezember 2025

Begründung:

Die Erkenntnisse aus dem Pilot der Stadt Schaffhausen sind mittlerweile ausgewertet. Ebenso konnten die noch spärlichen Erfahrungen aus anderen Kantonen und entsprechende Berichterstattungen als Grundlage zur Erstellung eines Statusberichts konsultiert werden. Schweizweit sind noch wenige Modelle gesetzlich verankert. Viele befinden sich im «Versuchsstatus».

Insofern sind diverse Grundlagen zur Erarbeitung einer entsprechenden Vorlage vorhanden. Infolge Wechsel bei der für die Vorlage verantwortlichen Stelle für frühe Förderung und der Dienststellenleitung im Bereich Familie und Jugend im Erziehungsdepartement (Wiederbesetzung per 1. März 2024) werden sich die Arbeiten zur Konkretisierung der Eckwerte zu einer entsprechenden Vorlage an den Kantonsrat verzögern. Eine Wiederaufnahme findet frühestens im zweiten Quartal 2024 statt.

In Anbetracht der noch anstehenden Klärung der Modellfrage, der nachfolgenden notwendigen Vernehmlassung und der Formulierung der Vorlage ist mit einer Überweisung an den Kantonsrat frühestens 2025 zu rechnen.

2017/11 Postulat Philippe Brühlmann vom 11. Dezember 2017, erheblich erklärt am 14. Mai 2018 (Ratsprotokoll 2018, S. 340)

Zollübergang Thayngen – Problematik des Schleichverkehrs

[Link zu Postulat 2017/11](#)

Antrag:

Fristverlängerung bis 31. Dezember 2024

Begründung:

In den letzten Jahren wurden auf politischer und auf Verwaltungsebene die deutschen Partnerbehörden für die Problemstellung des Umgehungsverkehrs sensibilisiert. Dies hat auch zu einer Optimierung der Spurführung auf der Zufahrtsstrecke B34 auf Deutscher Seite geführt. Die Abwicklung des Schwerverkehrs auf deutscher Seite wird aber nach wie vor als kritisch beurteilt. Unter der Federführung des Regierungspräsidiums Freiburg wurde im Jahr 2022 eine umfassende Verkehrsstudie erarbeitet. In Thayngen-Bietingen werden die folgenden Schwachstellen ausgewiesen: 1. Überlastung am Grenzübergang, 2. Infrastruktur der Zollanlage nicht ausreichend und 3. Stau im Zulauf zum Grenzübergang. Die Gespräche zwischen den zuständigen Behörden zur Konkretisierung der mittel- bis langfristigen Massnahmen zur Beseitigung der Schwachstellen konnten im Jahr 2023 gestartet werden. In den kommenden Jahren sollen durch die zuständigen Behörden Prozessanpassungen, insbesondere die Digitalisierung der Zollabwicklung, und allfällige bauliche Massnahmen schrittweise realisiert werden.

2018/9 Postulat Raphaël Rohner und Peter Scheck vom 3. Dezember 2018, erheblich erklärt am 18. Februar 2019 (Ratsprotokoll 2019, S. 163)

Einführung eines Langzeitgymnasiums

[Link zu Postulat 2018/9](#)

Antrag:

Fristverlängerung bis 31. Dezember 2030

Begründung:

Der Kantonsrat trat am 3. Juli 2023 auf den Bericht und Antrag des Regierungsrats vom 17. Januar 2023 zum Postulat Nr. 2018/9 betreffend Einführung eines Langzeitgymnasiums (Orientierungsvorlage) ein. Mit 29 : 20 Stimmen (3 Enthaltungen) wurde die Vorlage verbunden mit folgenden Aufträgen an die Regierung zurückgewiesen:

- a. die Ergebnisse des Pilotprojekts «Schaffung einer Modellschule Sekundarstufe I Begabungs- und Begabtenförderung» nach dessen Durchführung zu evaluieren.
- b. das Anliegen des Postulats weiter zu behandeln und die Einführung eines Langzeitgymnasiums materiell zu prüfen.
- c. dem Kantonsrat unter gesamthafter Würdigung beider Modelle - zu gegebener Zeit - einen konkreten Bericht und Antrag zu stellen.

Die Dienststelle Primar- und Sekundarstufe I hat somit den Auftrag, die «Schaffung einer Modellschule Sekundarstufe I Begabungs- und Begabtenförderung» eng zu begleiten und für eine aussagekräftige Evaluation besorgt zu sein.

Der Start der Modellschule ist auf Sommer 2026 geplant. Evaluationsresultate können somit frühestens nach Durchlauf eines Klassenzuges per Ende 2029 erwartet werden. Dies bildet die Grundlage zur Aufbereitung einer entsprechenden Orientierungsvorlage.

2018/11 Postulat Diego Faccani vom 4. Juni 2018, erheblich erklärt am 3. September 2018 (Ratsprotokoll 2018, S. 673)

Klare Spielregeln bei der Entsorgung des Siedlungsabfalls

[Link zu Postulat 2018/11](#)

Antrag:

Fristverlängerung bis 31. Dezember 2029

Begründung:

Eine Arbeitsgruppe, bestehend aus delegierten Gemeindevertretungen sowie Fachexperten des Interkantonalen Labors, hat im Jahre 2022 den Gemeinden des Kantons (exklusiv Gemeinden des unteren und oberen Kantonsteils, die nicht betroffen sind) zwei Varianten zur Weiterverfolgung vorgeschlagen. Im Jahre 2023 sind die beiden Vorschläge weiter konkretisiert worden, es bestehen aber noch diverse offene Fragen, die im Jahre 2024 geklärt werden sollen bevor der Regierungsrat Einzugsgebiete festlegen kann. Aufgrund von bestehenden Verträgen dürfte eine Neuregelung erst auf den 1.1.2030 umgesetzt werden. Der Regierungsrat ist bestrebt, das Postulat im Rahmen der vom Bund vorgeschriebenen Abfallplanung umzusetzen.

2020/1 Postulat Arnold Isliker vom 8. Januar 2020, erheblich erklärt am 9. November 2020
(Ratsprotokoll 2020, S. 1061)

Velowege und Parkiermöglichkeiten rund um den Rheinfeld

[Link zu Postulat 2020/1](#)

Antrag:

Fristverlängerung bis 31. Dezember 2025

Begründung:

Der kantonale Strassenrichtplan sieht eine Anpassung der Veloerschliessung des Rheinfelds vor. Statt der nicht bewilligungsfähigen Veloführung entlang dem Rhein soll ein stillgelegtes Gleis zwischen dem SBB Bahnhof Neuhausen am Rheinfeld und dem SIG Areal zu einem attraktiven Fuss- und Radweg umgebaut werden. Die für Radwege innerorts zuständige Gemeinde Neuhausen am Rheinfeld hat dazu ein Betriebs- und Gestaltungskonzept ausgearbeitet. 2024/25 soll die Projektierung vertieft werden, sodass die Realisierung im Rahmen des Agglomerationsprogramms bis 2027 erfolgen kann. Tiefbau Schaffhausen unterstützt die Gemeinde in der Projektentwicklung.

Im Hinblick auf den Wegfall des Überlaufparkplatzes Burgunwiese planen die Kantone Schaffhausen und Zürich ein Verkehrsleitsystem zur Optimierung der Parkplatzbewirtschaftung beidseits des Rheinfelds. Das Konzept liegt vor und das Bundesamt für Strassen hat im Rahmen eines Pilotbetriebs der Lenkung ab Nationalstrasse zugestimmt. Die Vertiefung der Projektierung ist im Gang. Die Umsetzung des Parkleitsystems wird per 2025/26 angestrebt. Parallel dazu laufen derzeit Abklärungen zu einer Erweiterung der Parkieranlagen auf Zürcher- und Schaffhauser Seite des Rheinfelds.

2021/1 Postulat Matthias Frick vom 3. März 2021, erheblich erklärt am 27. September 2021
(Ratsprotokoll 2021, S. 1007)

Neue Website so schnell wie möglich

[Link zu Postulat 2021/1](#)

Antrag:

Fristverlängerung bis 31. Dezember 2025

Begründung:

Mit Beschluss vom 7. November 2023 (Protokoll-Nr. 34/794) hat der Regierungsrat den Projektinitialisierungsauftrag "Neuer Webauftritt Kanton SH" freigegeben. Die Initialisierungsphase soll im September 2024 abgeschlossen sein.

2022/7 Postulat Andrea Müller und Hansueli Graf vom 11. April 2022, erheblich erklärt am 16. Januar 2023 (Ratsprotokoll 2023, S. 36)

Stillstand beim Biogas beenden

[Link zu Postulat 2022/7](#)

Antrag:

Abschreibung

Begründung:

Mit der Anpassung des Energieförderprogramms per 1. Juli 2023 und aufgrund der Anpassung bei der Förderung durch den Bund für Biogasanlagen per 1. Januar 2023 ist die Forderung aus dem Postulat umgesetzt. Die Förderbeiträge des Kantons sind mit denjenigen des Bundes kumulierbar, wodurch sich eine maximale Förderung von 60 Prozent der Investitionskosten ergibt (siehe Kap. 10.2).

Link: [Energieförderprogramm 2024](#)

2022/8 Postulat Melanie Flubacher vom 16. Mai 2022, erheblich erklärt am 13. März 2023 (Ratsprotokoll 2023, S. 235)

Förderung von Holz als Baumaterial

[Link zu Postulat 2022/8](#)

Antrag:

Abschreibung

Begründung:

Mit der Anpassung des Energieförderprogramms per 1. Januar 2024 ist die Forderung des Postulats umgesetzt. Dabei werden die Beiträge für den ECO-Zusatz bei Minergie-Neubauten angepasst werden (Verdoppelung Grundbeitrag von Fr. 3'000.- auf Fr. 6'000.-; siehe Kap. 3.3 / 4.1).

Link: [Energieförderprogramm 2024](#)

2022/15 Postulat Urs Capaul vom 26. September 2022, erheblich erklärt am 7. November 2022
(Ratsprotokoll 2022, S. 920)

Axpo und EKS: Versorgung durch erneuerbare Produktion der Axpo

[Link zu Postulat 2022/15](#)

Antrag:

Abschreibung

Begründung:

Das Baudepartement hat zur Klärung dieser Frage eine rechtliche Einschätzung der Rechtsanwälte Dr. Mischa Morgenbesser und Dr. Jovan Dimitrijewitsch von der Kanzlei Badertscher Rechtsanwälte, Zürich, eingeholt. Im Memorandum vom 30. November 2023 kommen die Rechtsanwälte zu folgendem Schluss:

«Das Postulat richtet sich an den Verwaltungsrat der als privatrechtliche Aktiengesellschaft konstituierten EKS. Der Regierungsrat des Kantons Schaffhausen ist somit nicht für eine entsprechende Stellungnahme zuständig. Es gilt jedoch weitgehend die Beurteilung des ähnlich motivierten Postulats 2022/16. Ein vertraglich geregelter Direktverkauf der von der Axpo produzierten erneuerbaren Elektrizität zu Gestehungskosten an die EKS ist mit den gegenwärtigen stromversorgungs-, vergabe- und wettbewerbsrechtlichen Rahmenbedingungen nicht vereinbar. Die EKS ist in der Wahl ihrer Stromlieferanten frei und beschafft den für die Grundversorgung benötigten Strom auf dem Wege der öffentlichen Ausschreibung oder zu Marktkonditionen am Markt. Damit ist sichergestellt, dass sie sich das nachgefragte Stromprodukt zu den jeweils günstigsten Konditionen am freien Markt beschaffen kann und die so erzielten Preisvorteile je nach betriebswirtschaftlicher Situation an die gebundenen Endverbraucher weitergeben oder einbehalten kann. Für die Axpo wiederum gilt der Grundsatz der Vertragsfreiheit. Als markt- und gewinnorientiert geführtes Unternehmen muss sie selbständig über Vertragspartner, Menge und Konditionen bezüglich ihres Stromverkaufs entscheiden können. Davon abgesehen würden die Einnahmen bei einem Direktverkauf der im Inland produzierten erneuerbaren Elektrizität zu Gestehungskosten an die EKS den Mittelbedarf der Axpo für Investitionen in den Ausbau der erneuerbaren inländischen Elektrizitätsproduktion nur in bescheidenem Masse decken.»

Dementsprechend ist von einer Umsetzung des Anliegens des Postulanten Abstand zu nehmen und das Postulat abzuschreiben.

2022/16 Postulat Markus Müller vom 26. September 2022, erheblich erklärt am 19. Dezember 2022 (Ratsprotokoll 2022, S. 1175)

Axpo: Versorgung der Eignerkantone stärker gewichten

[Link zu Postulat 2022/16](#)

Antrag:

Abschreibung

Begründung:

Das Baudepartement hat zur Klärung dieser Frage eine rechtliche Einschätzung der Rechtsanwälte Dr. Mischa Morgenbesser und Dr. Jovan Dimitrijewitsch von der Kanzlei Badertscher Rechtsanwälte, Zürich, eingeholt. Im Memorandum vom 30. November 2023 kommen die Rechtsanwälte zu folgendem Schluss:

«Mit dem Erlass des Stromversorgungsgesetzes soll der Schweizer Strommarkt schrittweise liberalisiert werden. Das von den Postulanten verfolgte Anliegen steht dieser Strategie entgegen und ist mit den relevanten rechtlichen Rahmenbedingungen nicht vereinbar. Grosse Stromverbraucher wie die regionalen und lokalen Stromversorgungsunternehmen mit einem Jahresverbrauch von mehr als 100'000 Kilowattstunden können ihre Stromlieferanten seit 2009 frei wählen. Die Strombeschaffung für die Grundversorgung hat dabei gemäss Beschaffungsrecht über eine öffentliche Ausschreibung zu erfolgen, sofern die Beschaffung nicht am Markt zu Marktkonditionen erfolgt. Auf diese Weise wird sichergestellt, dass mehrere konkurrenzierende Anbieter möglichst vorteilhafte Konditionen offerieren, da der Zuschlag letzten Endes für das wirtschaftlich günstigste Angebot erfolgt. Hiervon profitieren sowohl die Stromversorgungsunternehmen als auch die gebundenen Endverbraucher. Ein vertraglich geregelter Direktverkauf des von der Axpo produzierten Stroms zu Gestehungskosten an die Stromversorgungsunternehmen der Eignerkantone würde es diesen verunmöglichen, von allenfalls günstigeren Konditionen auf dem freien Markt zu profitieren. Die Axpo ihrerseits ist als Folge der Strommarktliberalisierung keinen rechtlichen Vorgaben zur Veräusserung des von ihr produzierten Stroms mehr unterworfen und kann über Vertragspartner, Menge und Konditionen frei entscheiden. Nur so kann sie im Einklang mit der definierten Eigentümerstrategie markt- und gewinnorientiert geführt werden. Müsste sie grössere Mengen an Strom längerfristig zu Gestehungskosten direkt an die Eignerkantone liefern, wäre sie in ihrer unternehmerischen Freiheit stark eingeschränkt. Gegen eine Abnahmepflicht des von Axpo produzierten Stroms zu Gestehungskosten bestehen erhebliche beschaffungsrechtliche und stromversorgungsrechtliche Bedenken. Zudem würde es sich hierbei um einen erheblichen Eingriff in die Vertragsfreiheit der Axpo und der Energieversorgungsunternehmen handeln.»

Dementsprechend ist von einer Umsetzung des Anliegens des Postulanten Abstand zu nehmen und das Postulat abzuschreiben.

2022/17 Postulat Kurt Zubler, Urs Capaul, Markus Müller vom 26. September 2022, erheblich erklärt am 16. Januar 2023 (Ratsprotokoll 2023, S. 26)

Strategische Kontrolle über Axpo stärken

[Link zu Postulat 2022/17](#)

Antrag:

Abschreibung

Begründung:

Das Baudepartement hat zur Klärung dieser Frage eine rechtliche Einschätzung der Rechtsanwälte Dr. Mischa Morgenbesser und Dr. Jovan Dimitrijewitsch von der Kanzlei Badertscher Rechtsanwälte, Zürich, eingeholt. Im Memorandum vom 30. November 2023 kommen die Rechtsanwälte zu folgendem Schluss:

«Im Jahre 2016 haben die Aktionäre der Axpo zur Verhütung von Rollen- und Interessenkonflikten beschlossen, dass keine Mitglieder von Kantonsregierungen oder Verwaltungsräten von Kantonswerken mehr im Verwaltungsrat der Axpo Einsitz nehmen sollen. Dieses Vorgehen steht im Einklang mit den Erfordernissen des Aktienrechts und den Grundsätzen der Public Corporate Governance. Als Aktionäre haben sowohl der Kanton Schaffhausen als auch die anderen Eignerkantone dennoch die Möglichkeit, auf die Geschicke der Axpo Einfluss zu nehmen, insbesondere durch die Wahl des Verwaltungsrats. Gleichzeitig findet ein institutionalisierter und regelmässiger Austausch zwischen den Aktionären und dem Verwaltungsrat sowie der Konzernleitung der Axpo statt. Die angespannte Liquiditätssituation der Axpo im Herbst 2022 war nicht die Folge einer unzureichenden politischen Vertretung im Verwaltungsrat, sondern der von den meisten Stromerzeugungsunternehmen praktizierten Absicherung der Stromproduktion im Voraus. Vor diesem Hintergrund besteht kein Bedarf, dem Anliegen der Postulanten nach einer erneuten direkten politischen Vertretung im Verwaltungsrat der Axpo nachzukommen. Eine solche ist vielmehr abzulehnen, da sie zu Interessenkonflikten führen kann.»

Dementsprechend ist von einer Umsetzung des Anliegens der Postulanten Abstand zu nehmen und das Postulat abzuschreiben.

---

3. Motionen und Postulate, deren Abschreibung beantragt worden ist (Stand 13. Februar 2024)

2018/3 Motion Geschäftsprüfungskommission vom 5. März 2018, erheblich erklärt am 11. Juni 2018 (Ratsprotokoll 2018, S. 493).

Neuregelung der Finanzkompetenzen zum Finanzvermögen

Abschreibung beantragt mit Bericht und Antrag des Regierungsrates des Kantons Schaffhausen vom 11. Januar 2022 an den Kantonsrat betreffend Revision der Verfassung des Kantons Schaffhausen und des Finanzhaushaltsgesetzes (Amtdruckschrift 22-02).

2019/5 Daniel Preisig und Diego Faccani vom 7. Juni 2019, erheblich erklärt am 20. Januar 2020 (Ratsprotokoll 2020, S. 106)

Änderung Gemeindegesetz (SHR 120.100); Steuerfussreferendum ohne gültiges Budget

Abschreibung beantragt mit Bericht und Antrag des Regierungsrates des Kantons Schaffhausen vom 9. Januar 2024 an den Kantonsrat betreffend Änderung des Gemeindegesetzes (separate Referenden gegen Budget und Steuerfuss) (Amtdruckschrift 24-12).

2020/4 Motion Daniel Stauffer vom 12. Februar 2020, erheblich erklärt am 7. Dezember 2020 (Ratsprotokoll 2020, S. 1231)

Einführung CO₂-abhängige Strassenverkehrssteuer

Abschreibung beantragt mit Bericht und Antrag des Regierungsrates des Kantons Schaffhausen vom 11. April 2023 an den Kantonsrat betreffend Teilrevision des Gesetzes über die Strassenverkehrssteuern vom 17. Juni 1968 (Amtdruckschrift 23-38).

2021/3 Motion Daniel Preisig und Christian Di Ronco vom 18. Januar 2021, erheblich erklärt am 5. Juli 2021 (Ratsprotokoll 2021, S. 734)

Faire Kantonsbeteiligung am öffentlichen Ortsverkehr

Abschreibung beantragt mit Bericht und Antrag des Regierungsrates des Kantons Schaffhausen vom 21. November 2023 an den Kantonsrat betreffend Erhöhung des Ortsverkehrsbeitrages und Bereitstellung finanzieller Mittel für touristische Ausflugsverkehre (Amtdruckschrift 23-124).

2022/1 Motion Hansueli Graf vom 4. Januar 2022, erheblich erklärt am 12. September 2022 (Ratsprotokoll 2022, S. 746)

Familienzulagen in der Landwirtschaft

Abschreibung beantragt mit Bericht und Antrag des Regierungsrates des Kantons Schaffhausen vom 14. November 2023 an den Kantonsrat betreffend die Änderung des kantonalen Landwirtschaftsgesetzes (Amtdruckschrift 23-119).

2022/4 Motion Melanie Flubacher vom 11. April 2022, erheblich erklärt am 16. Januar 2023 (Ratsprotokoll 2023, S. 45)

Vorgeburtlicher Mutterschutz

Abschreibung beantragt mit Bericht und Antrag des Regierungsrates des Kantons Schaffhausen vom 13. Februar 2024 an den Kantonsrat betreffend Teilrevision des Gesetzes über das Arbeitsverhältnis des Staatspersonals (vorgeburtlicher Mutterschaftsurlaub) (Amtdruckschrift 24-24).

2020/1 Volksmotion Sandro Scalco und Claudio Kuster vom 1. Juli 2020, erheblich erklärt am 21. Januar 2021 (Ratsprotokoll 2021, S. 162)

Mehr Demokratie in Schaffhausen – einfach und sicher: Volksbegehren auch elektronisch unterschreiben (E-Collecting)

Abschreibung beantragt mit Bericht und Antrag des Regierungsrates des Kantons Schaffhausen vom 19. Dezember 2023 an den Kantonsrat zur Volksmotion 2020/1 betreffend "Mehr Demokratie in Schaffhausen – einfach und sicher: Volksbegehren auch elektronisch unterschreiben (E-Collecting)" (Amtdruckschrift 23-159).

2023/1 Volksmotion Christoph Kubli (Erstunterzeichner) sowie weiteren 467 Unterzeichnenden vom 27. April 2023, erheblich erklärt am 15. Mai 2023 (Ratsprotokoll 2023, S. 401)

Für ein zukunftsfähiges Polizei- und Sicherheitszentrum

Abschreibung beantragt mit Bericht und Antrag des Regierungsrates des Kantons Schaffhausen vom 23. Januar 2024 an den Kantonsrat betreffend Zusatzkredit für den Bau eines zusätzlichen Stockwerkes beim Polizei- und Sicherheitszentrum (Amtdruckschrift 24-15).

2019/1 Postulat Andreas Gnädinger vom 21. Januar 2019, erheblich erklärt am 1. Juli 2019 (Ratsprotokoll 2019, S. 594)

Erweiterte Eigentümerstrategie des Kantons für die Spitäler Schaffhausen

Abschreibung beantragt mit Bericht und Antrag des Regierungsrates des Kantons Schaffhausen vom 12. Dezember 2023 an den Kantonsrat zum Postulat "Erweiterte Eigentümerstrategie des Kantons für die Spitäler Schaffhausen" (Amtdruckschrift 23-147).

2019/8/15 Postulat Katrin Huber/Raphaël Rohner/Rainer Schmidig vom 17. Juni/8. November 2019, erheblich erklärt am 29. Juni 2020 (Ratsprotokoll 2020, S. 573)

Konkurrenzfähige und angemessene Besoldung

Abschreibung beantragt mit Bericht und Antrag des Regierungsrates des Kantons Schaffhausen vom 5. September 2023 an den Kantonsrat betreffend Umsetzung der Postulate im Personalbereich (Amtdruckschrift 23-92).

2020/8 Postulat Büro Kantonsrat vom 2. Dezember 2019, erheblich erklärt am 9. November 2020 (Ratsprotokoll 2020, S. 1009)

Stärkung des Milizparlamentes

Abschreibung beantragt mit Bericht und Antrag der Spezialkommission 2021/1 vom 14. Juni 2023 an den Kantonsrat betreffend die "Stärkung des Milizparlamentes" (Amtdruckschrift 23-74).

2021/4 Postulat (ehem. Motion 2020/18 von Matthias Frick) vom 12. April 2021, erheblich erklärt am 12. April 2021 (Ratsprotokoll 2021, S. 377)

Traktandierung von Geschäften nach Reihenfolge ihres Eingangs

Abschreibung implizit beantragt mit Bericht und Antrag der Spezialkommission 2021/1 vom 14. Juni 2023 an den Kantonsrat betreffend die "Stärkung des Milizparlamentes" (Amtdruckschrift 23-74).

---

*Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren*

Gestützt auf die vorstehenden Ausführungen beantragen wir Ihnen, auf die Vorlage einzutreten und unseren Anträgen zuzustimmen.

Schaffhausen, 13. Februar 2024

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident:

Patrick Strasser

Der Staatsschreiber:

Dr. Stefan Bilger

Anhang:

- Stand hängige Motionen und Postulate

Stand hängige Motionen und Postulate (Stand 13. Februar 2024)

Anhang

Motionen

Motion	Erheblich erklärt	Fristverlängerung	Weiterbehandlung	Aktueller Stand
2018/3 Motion Geschäftsprüfungskommission vom 5. März 2018 Neuregelung der Finanzkompetenzen zum Finanzvermögen	11. Juni 2018 Ratsprotokoll 2018, S. 493	12. April 2021 Ratsprotokoll 2021, S. 352		Abschreibung beantragt mit Bericht und Antrag des Regierungsrates des Kantons Schaffhausen vom 11. Januar 2022 an den Kantonsrat betreffend Revision der Verfassung des Kantons Schaffhausen und des Finanzhaushaltsgesetzes (Amtdruckschrift 22-02).
2018/11 Motion Christian Heydecker vom 20. November 2018 Galoppierendes Ausgabenwachstum bei den individuellen Prämienverbilligungen zügeln	1. Juli 2019 Ratsprotokoll 2019, S. 605	29. August 2022 Ratsprotokoll 2022, S. 680 Frist bis 31.12.2023 Antrag: Fristverlängerung bis 31.12.2024		Die Arbeiten zur Revision des Krankenversicherungsgesetzes sind inzwischen so weit fortgeschritten, dass bis Ende Februar 2024 dem Regierungsrat zur Beratung ein Bericht und Antrag zuhanden des Kantonsrates unterbreitet wird. Der Gesetzesentwurf nimmt die Anliegen der Motion 2018/11 und die Eingaben der Vernehmlassung auf. Gleichzeitig soll auch die Motion Isliker 2019/3 in die Gesetzesrevision aufgenommen werden. Im Idealfall kann das revidierte Gesetz per 1. Januar 2025 in Kraft gesetzt werden.

Motion	Erheblich erklärt	Fristverlängerung	Weiterbehandlung	Aktueller Stand
2019/3 Motion Arnold Isliker vom 23. April 2019 Revision des Krankenversicherungsgesetzes	19. August 2019 Ratsprotokoll 2019, S. 659	29. August 2022 Ratsprotokoll 2022, S. 676 Frist bis 31.12.2023 Antrag: Fristverlängerung bis 31.12.2024		Nachdem die Beratung zur Aufgaben- und Finanzierungsentflechtung im Kantonsrat abgeschlossen ist und die Motion noch nicht abgeschrieben wurde, wird der Regierungsrat die Motion Isliker im Rahmen der Umsetzung der Motion Heydecker 2018/11 bzw. der laufenden KVG-Revision bearbeiten.
2019/4 Motion René Schmidt vom 29. Oktober 2018 Flächendeckend geleitete Schulen im Kanton Schaffhausen	6. Mai 2019 Ratsprotokoll 2019, S. 311	29. August 2022 Ratsprotokoll 2022, S. 680 Fristverlängerung bis 31.12.2023 Antrag: Fristverlängerung bis 30.6.2024		Die Vernehmlassungsfrist zur Vorlage «Flächendeckend geleitete Schulen» endete am 8. Dezember 2023. Anschliessend wurde die Vernehmlassung ausgewertet. Der Regierungsrat wird den Bericht zur Vernehmlassung voraussichtlich im Januar 2024 verabschieden. Die Finalisierung der Vorlage dürfte bis März 2024 abgeschlossen sein. Entsprechend wird der Regierungsrat den Bericht und Antrag voraussichtlich im April 2024 an den Kantonsrat überweisen.
2019/5 Motion Daniel Preisig und Diego Faccani vom 7. Juni 2019 Steuerfussreferendum ohne ungültiges Budget	20. Januar 2020 Ratsprotokoll 2020, S. 106	27. März 2023 Ratsprotokoll 2023, S. 284 Fristverlängerung bis 30.6.2023		Abschreibung beantragt mit Bericht und Antrag des Regierungsrates des Kantons Schaffhausen vom 9. Januar 2024 an den Kantonsrat betreffend Änderung des Gemeindegesetzes (separate Referenden gegen Budget und Steuerfuss) (Amtsdruck-schrift 24-12).

Motion	Erheblich erklärt	Fristverlängerung	Weiterbehandlung	Aktueller Stand
2019/9 Motion Christian Heydecker vom 11. November 2019 Mehr Flexibilität in der Lohnpolitik für die Spitäler Schaffhausen	29. Juni 2020 Ratsprotokoll 2020, S. 573	29. August 2022 Ratsprotokoll 2022, S. 680 Frist bis 31.12.2023 Antrag: Fristverlängerung bis 30.6.2024		Im Rahmen eines per Ende 2023 extern erstellten, juristischen Gutachtens wurden die juristischen Umsetzungsmöglichkeiten der Motion fundiert geprüft/erarbeitet. Gestützt auf das Gutachten wird nunmehr eine Vorlage zur Umsetzung der Motion erarbeitet und Ende Februar 2024 dem Regierungsrat zur Beratung ein Bericht und Antrag zuhanden des Kantonsrates unterbreitet.
2020/4 Motion Daniel Stauffer vom 12. Februar 2020 Einführung CO₂-abhängige Strassenverkehrssteuer	7. Dezember 2020 Ratsprotokoll 2020, S. 1231	Fristverlängerung bis 31.12.2023		Abschreibung beantragt mit Bericht und Antrag des Regierungsrates des Kantons Schaffhausen vom 11. April 2023 an den Kantonsrat betreffend Teilrevision des Gesetzes über die Strassenverkehrssteuern vom 17. Juni 1968 (Amtsdruckschrift 23-38).
2020/9 Motion Bruno Müller vom 21. Mai 2020 Durchsetzung des Jugendschutzes beim Verkauf von Alkohol	7. Dezember 2020 Ratsprotokoll 2020, S. 1205	27. März 2023 Ratsprotokoll 2023, S. 284 Frist bis 30.6.2024 Antrag: Fristverlängerung bis 31.12.2024		Die Referendumsfrist zum neuen TabPG, mit welchem unter anderem die gesetzliche Grundlage für Alkoholtestkäufe in Art. 14a LMG geschaffen werden soll, ist am 20. Januar 2022 ungenutzt verstrichen. Gemäss Bund ist das Inkrafttreten des TabPG für Mitte 2024 vorgesehen (vgl. https://www.bag.admin.ch/bag/de/home/strategie-und-politik/politische-auftraege-und-aktionsplaene/politische-auftraege-zur-tabakpraevention/tabakpolitik-schweiz/tabpg.html). Damit wird eine kantonale Regelung – wie sie von der Motion gefordert wird – obsolet; dem Ansinnen des Motionärs wird mit der Inkraftsetzung durch den Bund entsprochen. Vor Abschreibung des Geschäfts ist sinnvollerweise bis zur definitiven Inkraftsetzung abzuwarten, weshalb die Frist bis 31.12.2024 verlängert werden soll.

Motion	Erheblich erklärt	Fristverlängerung	Weiterbehandlung	Aktueller Stand
2020/15 Motion vom Kurt Zubler vom 7. September 2020 Konfliktvermittlung und Korruptionsbekämpfung	25. Januar 2021 Ratsprotokoll 2021, S. 174	Antrag: Fristverlängerung bis 30.6.2024		Die Vernehmlassung zum Entwurf eines Gesetzes betreffend Schaffung einer Ombudsstelle des Kantons Schaffhausen und der Gemeinden wurde durchgeführt. Nach Auswertung der Vernehmlassung wird die definitive Vorlage im ersten Quartal 2024 an den Kantonsrat überwiesen.
2020/17 Motion von Marcel Montanari vom 9. November 2020 Weinautomaten mit Alterskontrollen legalisieren	8. März 2021 Ratsprotokoll 2021, S. 267	Antrag: Fristverlängerung bis 31.12.2024		Eine entsprechende Vorlage liegt in Entwurfform vor. Aufgrund personeller Engpässe und anderer Prioritätensetzung konnte der im letzten Jahr dargelegte Fahrplan (Start Vernehmlassungsverfahren im ersten Halbjahr 2023 und definitive Vorlage in der zweiten Jahreshälfte 2023 zu Händen des Kantonsrates) nicht eingehalten werden. Die Vernehmlassung und Erarbeitung der definitiven Vorlage zu Händen des Kantonsrates soll bis 31.12.2024 umgesetzt sein.
2021/2 Motion von Raphaël Rohner und Rainer Schmidig vom 18. Januar 2021 Totalrevision des Schulgesetzes jetzt!	23. August 2021 Ratsprotokoll 2021, S. 769	Antrag: Fristverlängerung bis 31.12.2024		Die Aufnahme der Arbeiten zu einer formalen Überarbeitung des Schulgesetzes soll nach der Behandlung der Vorlagen «Geleitete Schulen 2019/4» (2024) und «Flächendeckend integrative Schule (ISF) (2025)» im Kantonsrat erfolgen. Eine frühere Behandlung ist aus Kapazitätsgründen und infolge Priorisierung weiterer Vorlagen, wie zum Beispiel «Lohnmodell für die Lehrpersonen der Primar- und Sekundarstufen I und II inklusive Berufsbildung und Tertiärstufe», «Gesamtheitlich optimierte Frühförderung fremdsprachiger Kinder 2029/4», «Starkes Bildungssystem dank doppelem Fehlbetragsmodell», etc. nicht möglich.
2021/3 Motion von Daniel Preisig und Christian Di Ronco vom 18. Januar 2021 Faire Kantonsbeteiligung am öffentlichen Ortsverkehr	5. Juli 2021 Ratsprotokoll 2021, S. 734			Abschreibung beantragt mit Bericht und Antrag des Regierungsrates des Kantons Schaffhausen vom 21. November 2023 an den Kantonsrat betreffend Erhöhung des Ortsverkehrsbeitrages und Bereitstellung finanzieller Mittel für touristische Ausflugsverkehre (Amtsdruckschrift 23-124).

Motion	Erheblich erklärt	Fristverlängerung	Weiterbehandlung	Aktueller Stand
2021/4 Motion von Maurus Pfalzgraf und Mayowa Alaye vom 25. Januar 2021 Schaffhausen erhält ein Energiegesetz	23. August 2021 Ratsprotokoll 2021, S. 783	Antrag: Fristverlängerung bis 30.6.2024		Der Entwurf einer Vorlage betreffend «Schaffung des Gesetzes für eine sichere und nachhaltige Energieversorgung im Kanton Schaffhausen (Energiegesetz)» wurde vom Regierungsrat am 5. September 2023 verabschiedet. Die Vernehmlassung dauerte bis Ende November 2023. Derzeit erfolgt die Auswertung. Die Verabschiedung durch den Regierungsrat ist im Q1/2024 geplant. Mit dem dann zu verabschiedenden Bericht und Antrag an den Kantonsrat wird auch die Abschreibung der Motion beantragt.
2021/8 Motion von Nihat Tektas vom 8. März 2021 Effizienz im Baurecht - Behandlungsrfristen im Rechtsmittelverfahren	8. November 2021 Ratsprotokoll 2021, S. 1108	Antrag: Fristverlängerung bis 31.12.2024		Der Entwurf einer Vorlage betreffend Revision des Gesetzes über den Rechtsschutz in Verwaltungssachen (Verwaltungsrechtspflegegesetz) wurde vom Regierungsrat am 14. November 2023 verabschiedet. Die Vernehmlassung läuft bis 31. Januar 2024. Anschliessend erfolgt die Auswertung. Die Verabschiedung durch den Regierungsrat ist im Frühling 2024 geplant. Mit dem dann zu verabschiedenden Bericht und Antrag an den Kantonsrat wird auch die Abschreibung der Motion beantragt.
2021/9 Motion von Nihat Tektas vom 8. März 2021 Effizienz im Baurecht - keine unnötigen Verzögerungen bei (noch) nicht rechtskräftigen Bauvorhaben	8. November 2021 Ratsprotokoll S. 1115	Antrag: Fristverlängerung bis 31.12.2024		Der Entwurf einer Vorlage betreffend Revision des Gesetzes über den Rechtsschutz in Verwaltungssachen (Verwaltungsrechtspflegegesetz) wurde vom Regierungsrat am 14. November 2023 verabschiedet. Die Vernehmlassung läuft bis 31. Januar 2024. Anschliessend erfolgt die Auswertung. Die Verabschiedung durch den Regierungsrat ist im Frühling 2024 geplant. Mit dem dann zu verabschiedenden Bericht und Antrag an den Kantonsrat wird auch die Abschreibung der Motion beantragt.
2021/12 Motion von Peter Scheck und Matthias Freivogel vom 5. Juli 2021 Neue, zeitgemässe Regelungen für die Archivierung. Der Kanton Schaffhausen gibt sich ein Archivgesetz	14. März 2022 Ratsprotokoll S. 257			Im 4. Quartal 2024 wird dem Kantonsrat eine Vorlage betreffend Schaffung eines Archivgesetzes unterbreitet.

Motion	Erheblich erklärt	Fristverlängerung	Weiterbehandlung	Aktueller Stand
2021/14 Motion von Tim Bucher vom 1. November 2021 Starkes Bildungssystem dank doppeltem Fehlbetragsmodell	11. April 2022 Ratsprotokoll S. 365			Die Arbeiten zur entsprechenden Vorlage sind weit fortgeschritten. Mit einer Vernehmlassung kann im Frühjahr 2024 gerechnet werden. Demensprechend sollte die Vorlage Ende 2024 an den Kantonsrat überwiesen werden.
2022/1 Motion von Hansueli Graf vom 4. Januar 2022 Familienzulagen in der Landwirtschaft	12. September 2022 Ratsprotokoll S. 746			Abschreibung beantragt mit Bericht und Antrag des Regierungsrates des Kantons Schaffhausen vom 14. November 2023 an den Kantonsrat betreffend die Änderung des kantonalen Landwirtschaftsgesetzes (Amtsdruckschrift 23-119).
2022/2 Motion von Maurus Pfalzgraf vom 14. März 2022 Zone für erneuerbare Energien	26. September 2022 Ratsprotokoll S. 846			Der Entwurf einer Vorlage betreffend «Revision des Gesetzes über die Raumplanung und das öffentliche Baurecht im Kanton Schaffhausen (Baugesetz)» wurde vom Regierungsrat am 5. September 2023 verabschiedet. Die Vernehmlassung dauerte bis Ende November 2023. Derzeit erfolgt die Auswertung. Die Verabschiedung durch den Regierungsrat ist im Q1/2024 geplant. Mit dem dann zu verabschiedenden Bericht und Antrag an den Kantonsrat wird auch die Abschreibung der Motion beantragt.
2022/4 Motion von Melanie Flubacher vom 11. April 2022 Vorgeburtlicher Mutterschutz	16. Januar 2023 Ratsprotokoll 2023, S. 45			Abschreibung beantragt mit Bericht und Antrag des Regierungsrates des Kantons Schaffhausen vom 13. Februar 2024 an den Kantonsrat betreffend Teilrevision des Gesetzes über das Arbeitsverhältnis des Staatspersonals (vorgeburtlicher Mutterschaftsurlaub) (Amtsdruckschrift 24-24).
Volksmotion Nr. 2020/1 von Sandro Scalco und Claudio Kuster (Erstunterzeichnende) sowie weiteren 150 Unterzeichnenden vom 1. Juli 2020 mit dem Titel «Mehr Demokratie in Schaffhausen – einfach und sicher: Volksbegehren auch elektronisch unterschreiben (E-Collecting)»	25. Januar 2021 Ratsprotokoll 2021, S. 162			Abschreibung beantragt mit Bericht und Antrag des Regierungsrates des Kantons Schaffhausen vom 19. Dezember 2023 an den Kantonsrat zur Volksmotion 2020/1 betreffend "Mehr Demokratie in Schaffhausen – einfach und sicher: Volksbegehren auch elektronisch unterschreiben (E-Collecting)" (Amtsdruckschrift 23-159).

Motion	Erheblich erklärt	Fristverlängerung	Weiterbehandlung	Aktueller Stand
Volksmotion Nr. 2023/1 von Christoph Kubli (Erstunterzeichnender) sowie weiteren 467 Unterzeichnenden vom 27. April 2023 «Für ein zukunftsfähiges Polizei- und Sicherheitszentrum»	15. Mai 2023 Ratsprotokoll 2023, S. 401			Abschreibung beantragt mit Bericht und Antrag des Regierungsrates des Kantons Schaffhausen vom 23. Januar 2024 an den Kantonsrat betreffend Zusatzkredit für den Bau eines zusätzlichen Stockwerkes beim Polizei- und Sicherheitszentrum (Amtdruckschrift 24-15).

Postulate

Postulat	Erheblich erklärt	Fristverlängerung	Weiterbehandlung	Aktueller Stand
2010/1 Postulat Martina Munz vom 4. Januar 2010 Anerkennung GA und Halbtax auf der Strecke Schaffhausen–Basel	22. Februar 2010 Ratsprotokoll 2010, S. 81	29. August 2022 Ratsprotokoll 2022, S. 678 Frist bis 31.12.2022 Fristverlängerung für Weiterbehandlung bis 31.12.2024	Beschluss des Kantonsrates vom 11. April 2016 Ratsprotokoll 2016, S. 166	Die Verabschiedung des Berichts und Antrags des Regierungsrates an den Kantonsrat betreffend Unterzeichnung der Grundlagenvereinbarung zur Einführung des HBE / Hochrhein-Bodensee-Express (Halbstundentakt Basel–Schaffhausen–Konstanz–St. Gallen) ist im 1. Quartal 2024 geplant. Darin wird auch die Abschreibung der Motion beantragt.

Postulat	Erheblich erklärt	Fristverlängerung	Weiterbehandlung	Aktueller Stand
2017/9 Postulat Geschäftsprüfungskommission vom 26. Oktober 2017 Gesamtheitlich optimierte Frühförderung fremdsprachiger Kinder	10. März 2018 Ratsprotokoll 2018, S. 287	12. April 2021 Ratsprotokoll 2021, S. 357 Frist bis 31.12.2021 29. August 2022 Ratsprotokoll 2022, S. 680 Fristverlängerung bis 31.12.2023 Antrag: Fristverlängerung bis 31.12.2025		Die Erkenntnisse aus dem Pilot der Stadt Schaffhausen sind mittlerweile ausgewertet. Ebenso konnten die noch spärlichen Erfahrungen aus anderen Kantonen und entsprechende Berichterstattungen als Grundlage zur Erstellung eines Statusberichts konsultiert werden. Schweizweit sind noch wenige Modelle gesetzlich verankert. Viele befinden sich im «Versuchsstatus». Insofern sind diverse Grundlagen zur Erarbeitung einer entsprechenden Vorlage vorhanden. Infolge Wechsel bei der für die Vorlage verantwortlichen Stelle für frühe Förderung und der Dienststellenleitung im Bereich Familie und Jugend im Erziehungsdepartement (Wiederbesetzung per 1. März 2024) werden sich die Arbeiten zur Konkretisierung der Eckwerte zu einer entsprechenden Vorlage an den Kantonsrat verzögern. Eine Wiederaufnahme findet frühestens im zweiten Quartal 2024 statt. In Anbetracht der noch anstehenden Klärung der Modellfrage, der nachfolgenden notwendigen Vernehmlassung und der Formulierung der Vorlage ist mit einer Überweisung an den Kantonsrat frühestens 2025 zu rechnen.
2017/11 Postulat Philippe Brühlmann vom 11. Dezember 2017 Zollübergang Thayngen - Problematik des Schleichverkehrs	14. Mai 2018 Ratsprotokoll 2018, S. 340	12. April 2021 Ratsprotokoll 2021, S. 358 Frist bis 31.12.2023 Antrag: Fristverlängerung bis 31.12.2024		In den letzten Jahren wurden auf politischer und auf Verwaltungsebene die deutschen Partnerbehörden für die Problemstellung des Umgehungsverkehrs sensibilisiert. Dies hat auch zu einer Optimierung der Spurführung auf der Zufahrtsstrecke B34 auf Deutscher Seite geführt. Die Abwicklung des Schwerverkehrs auf deutscher Seite wird aber nach wie vor als kritisch beurteilt. Unter der Federführung des Regierungspräsidiums Freiburg wurde im Jahr 2022 eine umfassende Verkehrsstudie erarbeitet. In Thayngen-Bietingen werden die folgenden Schwachstellen ausgewiesen: 1. Überlastung am Grenzübergang, 2. Infrastruktur der Zollanlage nicht ausreichend und 3. Stau im Zulauf zum Grenzübergang. Die Gespräche zwischen den zuständigen Behörden zur Konkretisierung der mittel- bis langfristigen Massnahmen zur Beseitigung der Schwachstellen konnten im Jahr 2023 gestartet werden. In den kommenden Jahren sollen durch die zuständigen Behörden Prozessanpassungen, insbesondere die Digitalisierung der Zollabwicklung, und allfällige bauliche Massnahmen schrittweise realisiert werden.

Postulat	Erheblich erklärt	Fristverlängerung	Weiterbehandlung	Aktueller Stand
2018/9 Postulat Raphaël Rohner und Peter Scheck vom 3. Dezember 2018 Einführung eines Langzeitgymnasiums	18. Februar 2019 Ratsprotokoll 2019, S. 163	12. April 2021 Ratsprotokoll 2021, S. 364 Antrag: Fristverlängerung bis 31.12.2030		Der Kantonsrat trat am 3. Juli 2023 auf den Bericht und Antrag des Regierungsrats vom 17. Januar 2023 zum Postulat Nr. 2018/9 betreffend Einführung eines Langzeitgymnasiums (Orientierungsvorlage) ein. Mit 29 : 20 Stimmen (3 Enthaltungen) wurde die Vorlage verbunden mit folgenden Aufträgen an die Regierung zurückgewiesen: a. die Ergebnisse des Pilotprojekts «Schaffung einer Modellschule Sekundarstufe I Begabungs- und Begabtenförderung» nach dessen Durchführung zu evaluieren. b. das Anliegen des Postulats weiter zu behandeln und die Einführung eines Langzeitgymnasiums materiell zu prüfen. c. dem Kantonsrat unter gesamthafter Würdigung beider Modelle - zu gegebener Zeit - einen konkreten Bericht und Antrag zu stellen. Die Dienststelle Primar- und Sekundarstufe I hat somit den Auftrag, die «Schaffung einer Modellschule Sekundarstufe I Begabungs- und Begabtenförderung» eng zu begleiten und für eine aussagekräftige Evaluation besorgt zu sein. Der Start der Modellschule ist auf Sommer 2026 geplant. Evaluationsresultate können somit frühestens nach Durchlauf eines Klassenzuges per Ende 2029 erwartet werden. Dies bildet die Grundlage zur Aufbereitung einer entsprechenden Orientierungsvorlage.

Postulat	Erheblich erklärt	Fristverlängerung	Weiterbehandlung	Aktueller Stand
2018/11 Postulat Diego Faccani vom 4. Juni 2018 Klare Spielregeln bei der Entsorgung des Siedlungsabfalls	3. September 2018 Ratsprotokoll 2018, S. 673	29. August 2022 Ratsprotokoll 2022, S. 680 Fristverlängerung bis 31.12.2023 Antrag: Fristverlängerung bis 31.12.2029		Eine Arbeitsgruppe, bestehend aus delegierten Gemeindevertretungen sowie Fachexperten des Interkantonalen Labors, hat im Jahre 2022 den Gemeinden des Kantons (exklusiv Gemeinden des unteren und oberen Kantonsteils, die nicht betroffen sind) zwei Varianten zur Weiterverfolgung vorgeschlagen. Im Jahre 2023 sind die beiden Vorschläge weiter konkretisiert worden, es bestehen aber noch diverse offene Fragen, die im Jahre 2024 geklärt werden sollen bevor der Regierungsrat Einzugsgebiete festlegen kann. Aufgrund von bestehenden Verträgen dürfte eine Neuregelung erst auf den 1.1.2030 umgesetzt werden. Der Regierungsrat ist bestrebt, das Postulat im Rahmen der vom Bund vorgeschriebenen Abfallplanung umzusetzen.
2019/1 Postulat Andreas Gnädinger vom 21. Januar 2019 Erweiterte Eigentümerstrategie des Kantons für die Spitäler Schaffhausen	1. Juli 2019 Ratsprotokoll 2019, S. 594	29. August 2022 Ratsprotokoll 2022, S. 680 Frist bis 31.12.2022 27. März 2023 Ratsprotokoll 2023, S. 284 Frist bis 31.12.2023		Abschreibung beantragt mit Bericht und Antrag des Regierungsrates des Kantons Schaffhausen vom 12. Dezember 2023 an den Kantonsrat zum Postulat "Erweiterte Eigentümerstrategie des Kantons für die Spitäler Schaffhausen" (Amtsdruckschrift 23-147).

Postulat	Erheblich erklärt	Fristverlängerung	Weiterbehandlung	Aktueller Stand
2019/8/15 Postulat Katrin Huber/Raphaël Rohner/Rainer Schmidig vom 17. Juni / 8. November 2019 Konkurrenzfähige und angemessene Besoldung	29. Juni 2020 Ratsprotokoll 2020, S. 573	27. März 2023 Ratsprotokoll 2023, S. 284 Fristverlängerung bis 31.12.2023		Abschreibung beantragt mit Bericht und Antrag des Regierungsrates des Kantons Schaffhausen vom 5. September 2023 an den Kantonsrat betreffend Umsetzung der Postulate im Personalbereich (Amtdruckschrift 23-92).
2020/1 Postulat Arnold Isliker vom 8. Januar 2020 Velowege und Parkiermöglichkeiten rund um den Rheinflall	9. November 2020 Ratsprotokoll 2020, S. 1061	27. März 2023 Ratsprotokoll 2023, S. 284 Fristverlängerung bis 31.12.2025		Der kantonale Strassenrichtplan sieht eine Anpassung der Veloerschliessung des Rheinfalls vor. Statt der nicht bewilligungsfähigen Veloführung entlang dem Rhein soll ein stillgelegtes Gleis zwischen dem SBB Bahnhof Neuhausen am Rheinflall und dem SIG Areal zu einem attraktiven Fuss- und Radweg umgebaut werden. Die für Radwege innerorts zuständige Gemeinde Neuhausen am Rheinflall hat dazu ein Betriebs- und Gestaltungskonzept ausgearbeitet. 2024/25 soll die Projektierung vertieft werden, sodass die Realisierung im Rahmen des Agglomerationsprogramms bis 2027 erfolgen kann. Tiefbau Schaffhausen unterstützt die Gemeinde in der Projektentwicklung. Im Hinblick auf den Wegfall des Überlaufparkplatzes Burgunwiese planen die Kantone Schaffhausen und Zürich ein Verkehrsleitsystem zur Optimierung der Parkplatzbewirtschaftung beidseits des Rheinfalls. Das Konzept liegt vor und das Bundesamt für Strassen hat im Rahmen eines Pilotbetriebs der Lenkung ab Nationalstrasse zugestimmt. Die Vertiefung der Projektierung ist im Gang. Die Umsetzung des Parkleitsystems wird per 2025/26 angestrebt. Parallel dazu laufen derzeit Abklärungen zu einer Erweiterung der Parkieranlagen auf Zürcher- und Schaffhauser Seite des Rheinfalls.
2020/8 Postulat Büro Kantonsrat vom 2. Dezember 2019 Stärkung des Milizparlamentes	9. November 2020 Ratsprotokoll 2020, S. 1009	Fristverlängerung bis 31.12.2023		Abschreibung beantragt mit Bericht und Antrag der Spezialkommission 2021/1 vom 14. Juni 2023 an den Kantonsrat betreffend die "Stärkung des Milizparlamentes" (Amtdruckschrift 23-74).

Postulat	Erheblich erklärt	Fristverlängerung	Weiterbehandlung	Aktueller Stand
2021/1 Postulat von Matthias Frick vom 3. März 2021 Neue Website so schnell wie möglich	27. September 2021 Ratsprotokoll 2021, S. 1007	Antrag: Fristverlängerung bis 31.12.2025		Mit Beschluss vom 7. November 2023 (Protokoll-Nr. 34/794) hat der Regierungsrat den Projektinitialisierungsauftrag "Neuer Webauftritt Kanton SH" freigegeben. Die Initialisierungsphase soll im September 2024 abgeschlossen sein.
2021/2 Postulat von Regula Salathé vom 12. April 2021 Förderung von Wiedereinsteigern und Quereinsteigern im Pflegebereich	28. Februar 2022 Ratsprotokoll 2022, S. 138			Volk und Stände haben im November 2021 der Volksinitiative "Für eine starke Pflege (Pflegeinitiative)" zugestimmt. Im Rahmen des daraufhin für die erste Etappe der Pflegeinitiative, die Ausbildungsoffensive, erlassenen Bundesgesetzes über die Förderung der Ausbildung im Bereich der Pflege vom 16. Dezember 2022 (FAP; BBL 2222 3205), welches am 1. Juli 2024 in Kraft tritt, haben die Kantone u. a. Ausbildungsbeiträge an die Absolvierenden der Ausbildung in Pflege HF oder FH zu entrichten. Im Rahmen der interdepartementalen Umsetzung (DI und ED) des Bundesgesetzes (FAP) mussten die bisherigen Aktivitäten für die Umsetzung des Postulates 2021/2 im Jahr 2023 überprüft und an die Vorgaben des FAP angepasst werden. Die interdepartementale Projektgruppe (DI und ED) "Umsetzung der Ausbildungsoffensive" erarbeitet aktuell ein Einführungsgesetz, welches im Q1 2024 dem Kantonsparlament unterbreitet werden soll. Parallel werden die Modalitäten für die Umsetzung des Gesetzes und damit auch der Ausbildungsbeiträge erarbeitet. Diese Ausbildungsbeiträge kommen auch der im Postulat erwähnten Zielgruppe der Quereinsteigenden zu Gute. Wiedereinsteigende sind hingegen nicht Zielgruppe der Ausbildungsoffensive. Es gibt jedoch vom Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) geförderte Wiedereinstiegsprogramme des Schweizer Berufsverbands der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner (SBK). Dieses Angebot wird im Jahr 2024 überprüft. Auch die Unterstützung des Vereins OdAG Schaffhausen (OdAG) in den Jahren 2024 bis 2028 ist als Beitrag zur Umsetzung der Ausbildungsinitiative zu verorten. Im Sinne einer Anschubfinanzierung soll diese gestärkt werden, damit sie ihre Aufgaben in der Aus- und Weiterbildung der Gesundheitsberufe im Kanton Schaffhausen besser wahrnehmen kann.

Postulat	Erheblich erklärt	Fristverlängerung	Weiterbehandlung	Aktueller Stand
2021/4 Postulat (ehem. Motion 2020/18 von Matthias Frick) vom 12. April 2021 Traktandierung von Geschäften nach Reihenfolge ihres Eingangs	12. April 2021 Ratsprotokoll 2021, S. 377			Abschreibung implizit beantragt mit Bericht und Antrag der Spezialkommission 2021/1 vom 14. Juni 2023 an den Kantonsrat betreffend die "Stärkung des Milizparlamentes" (Amtdruckschrift 23-74).
2021/5 Postulat von Linda De Ventura vom 15. April 2021 Einführung Familienergänzungsleistungen	28. Februar 2022 Ratsprotokoll 2022, S. 179			Eine Arbeitsgruppe hat 2022 verschiedene in der Schweiz realisierte FamEL-Modelle analysiert (TI, GE, VD, SO). In einem weiteren Schritt wurde das im Kanton Solothurn seit 2010 bestehende Modell genauer geprüft. Hierzu hat im April 2023 ein Austausch mit dem Leiter des Amtes für Gesellschaft und Soziales des Kantons Solothurn stattgefunden. Die Fertigstellung des Berichts zuhanden des Kantonsrates hat sich aus verschiedenen verwaltungsinternen Gründen verzögert. Der Bericht zuhanden des Kantonsrates ist bis Ende 2024 zu erwarten.
2021/6 Postulat von Roland Müller vom 10. Mai 2021 Leichte Sprache beim Internetauftritt und den Informationsmaterialien der Verwaltung des Kantons Schaffhausen	28. Februar 2022 Ratsprotokoll 2022, S. 194			2023 wurde ein internes Rahmenkonzept "Leichte Sprache beim Kanton Schaffhausen" erstellt. Es wurden erste Texte im Schulbereich sowie im Bereich der Kantonalen Führungsorganisation in die Leichte Sprache übersetzt. Zudem wurden mögliche externe Dienstleister für Übersetzungsleistungen evaluiert. Im 2024 wird die Thematik im Zusammenhang mit dem zu erarbeitenden Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention konkretisiert und es werden die prioritären Bereiche die Leichte Sprache in der kantonalen Verwaltung festgelegt.
2021/7 Postulat von Kurt Zubler vom 13. September 2021 Massnahmen zur Bekämpfung der Neophyten	14. März 2022 Ratsprotokoll 2022, S. 264			Die Fachperson Neobiota hat 2023 am IKL ihre Arbeit aufgenommen. 2024 soll das Angebot permanenter Einsatzgruppen weiter ausgebaut werden. Die Vernehmlassung zur Vorlage zur Revision der kantonalen Umweltschutzgesetzgebung mit Bestimmungen zur Bekämpfungspflicht soll im Frühling 2024 eröffnet werden.

Postulat	Erheblich erklärt	Fristverlängerung	Weiterbehandlung	Aktueller Stand
2022/5 Postulat von Josef Würms vom 7. März 2022 Anpassung des kantonalen Richtplans, Kapitel Windenergie	26. September 2022 Ratsprotokoll 2022, S. 831			Für eine Anpassung im Richtplan (Heraufstufung der Abstimmungsanweisung «Vororientierung» auf «Festsetzung» müssen die Windenergiestandorte auf dem Rand neu beurteilt werden und zusätzliche, detaillierte Abklärungen getroffen werden. Die entsprechenden Arbeiten sind Mitte 2023 gestartet worden und dauern bis Mitte 2024. Anschliessend sollen die Erkenntnisse und Ergebnisse der Interessenabwägung in die Anpassung des Richtplankapitels Windenergie einfließen. Die Anpassung des kantonalen Richtplans dauert mindestens zwei Jahre.
2022/6 Postulat von Maurus Pfalzgraf vom 14. März 2022 Mehr bewilligungsfreie Solaranlagen	26. September 2022 Ratsprotokoll 2022, S. 855			Die Umsetzung ist derzeit im Gang: Aktuell wird die Anpassung «Richtlinien Solaranlagen effizient und gut gestalten» erarbeitet und die Karte im Geoportal mit Übersicht Baugesuch/Meldepflicht befindet sich in interner Abklärung. Die Karte auf dem Geoportal soll voraussichtlich im Sommer 2024 aufgeschaltet werden.
2022/7 Postulat von Andrea Müller und Hansueli Graf vom 11. April 2022 Stillstand beim Biogas beenden	16. Januar 2023 Ratsprotokoll 2023, S. 36	Antrag: Abschreibung		Mit der Anpassung des Energieförderprogramms per 1. Juli 2023 und aufgrund der Anpassung bei der Förderung durch den Bund für Biogasanlagen per 1. Januar 2023 ist die Forderung aus dem Postulat umgesetzt. Die Förderbeiträge des Kantons sind mit denjenigen des Bundes kumulierbar, wodurch sich eine maximale Förderung von 60 Prozent der Investitionskosten ergibt (siehe Kap. 10.2). Link: Energieförderprogramm 2024
2022/8 Postulat von Melanie Flubacher vom 16. Mai 2022 Förderung von Holz als Baumaterial	13. März 2023 Ratsprotokoll 2023, S. 235	Antrag: Abschreibung		Mit der Anpassung des Energieförderprogramms per 1. Januar 2024 ist die Forderung des Postulats umgesetzt. Dabei werden die Beiträge für den ECO-Zusatz bei Minergie-Neubauten angepasst werden (Verdoppelung Grundbeitrag von Fr. 3'000.- auf Fr. 6'000.-; siehe Kap. 3.3 / 4.1). Link: Energieförderprogramm 2024
2022/9 Postulat von Regula Salathe vom 20. Juni 2022 Finanzierung pflegender Angehöriger	16. Januar 2023 Ratsprotokoll 2023, S. 55			2023 konnten erste Vorabklärungen zur Finanzierung pflegender Angehöriger gemacht werden. 2024 soll das Postulat 2022/09 weiterbearbeitet werden. Ein Einbezug der relevanten Stakeholder ist vorgesehen.

Postulat	Erheblich erklärt	Fristverlängerung	Weiterbehandlung	Aktueller Stand
2022/10 Postulat von Nihat Tektas vom 4. Juli 2022 KITAS von bürokratischem Aufwand entlasten!	13. März 2023 Ratsprotokoll 2023, S. 255			Der Anhang 2 der kantonalen Pflegekinderverordnung wurde unter Berücksichtigung von schweizweit vergleichbaren Bestimmungen im Kinderbetreuungsbereich auf bundeskonforme Anpassungen überprüft. Der im Rahmen dieses Prozesses entstandene Vorschlag zum revidierten Anhang 2 wird im 1. Quartal 2024 den direktbetroffenen Kinderbetreuungseinrichtungen und weiteren Anspruchsgruppen zur Konsultation vorgelegt. Der überarbeitete Anhang 2 der kantonalen Pflegekinderverordnung soll im 2. Halbjahr 2024 in Kraft treten und die Kitas soweit möglich im Rahmen des übergeordneten Rechts entlasten.
2022/11 Postulat von Rainer Schmidig vom 4. Juli 2022 Attraktive Ausbildungsräume für die Gesundheits- und Sozialberufe	13. März 2023 Ratsprotokoll 2023, S. 259			Eine erste umfassende Betrachtung der Ausgangslage und Zusammenstellung zu den anstehenden Herausforderungen zum Thema Ausbildungsräume für die Gesundheits- und Sozialberufe wurde per Mitte Dezember 2023 erstellt. Wesentliche Eckwerte zur Entwicklung der Berufsbildung im Kanton Schaffhausen werden aktuell in der in den Schwerpunkten des Regierungsrates verankerten Berufsbildungsstrategie festgehalten. Ob für die Sicherstellung von attraktiven Ausbildungsräumen für Pflege- und Sozialberufe eine eigene «Immobilienstrategie» in Betracht gezogen werden soll, ist noch Gegenstand der laufenden Abklärungen. Konkrete Antworten sind bis Ende 2024 zu erwarten.

Postulat	Erheblich erklärt	Fristverlängerung	Weiterbehandlung	Aktueller Stand
2022/15 Postulat von Urs Capaul vom 26. September 2022 Axpo und EKS: Versorgung durch erneuerbare Produktion der Axpo	7. November 2022 Ratsprotokoll 2022, S. 920	Antrag: Abschreibung		Das Baudepartement hat zur Klärung dieser Frage eine rechtliche Einschätzung der Rechtsanwälte Dr. Mischa Morgenbesser und Dr. Jovan Dimitrijewitsch von der Kanzlei Badertscher Rechtsanwälte, Zürich, eingeholt. Im Memorandum vom 30. November 2023 kommen die Rechtsanwälte zu folgendem Schluss: «Das Postulat richtet sich an den Verwaltungsrat der als privatrechtliche Aktiengesellschaft konstituierten EKS. Der Regierungsrat des Kantons Schaffhausen ist somit nicht für eine entsprechende Stellungnahme zuständig. Es gilt jedoch weitgehend die Beurteilung des ähnlich motivierten Postulats 2022/16. Ein vertraglich geregelter Direktverkauf der von der Axpo produzierten erneuerbaren Elektrizität zu Gestehungskosten an die EKS ist mit den gegenwärtigen stromversorgungs-, vergabe- und wettbewerbsrechtlichen Rahmenbedingungen nicht vereinbar. Die EKS ist in der Wahl ihrer Stromlieferanten frei und beschafft den für die Grundversorgung benötigten Strom auf dem Wege der öffentlichen Ausschreibung oder zu Marktkonditionen am Markt. Damit ist sichergestellt, dass sie sich das nachgefragte Stromprodukt zu den jeweils günstigsten Konditionen am freien Markt beschaffen kann und die so erzielten Preisvorteile je nach betriebswirtschaftlicher Situation an die gebundenen Endverbraucher weitergeben oder einbehalten kann. Für die Axpo wiederum gilt der Grundsatz der Vertragsfreiheit. Als markt- und gewinnorientiert geführtes Unternehmen muss sie selbständig über Vertragspartner, Menge und Konditionen bezüglich ihres Stromverkaufs entscheiden können. Davon abgesehen würden die Einnahmen bei einem Direktverkauf der im Inland produzierten erneuerbaren Elektrizität zu Gestehungskosten an die EKS den Mittelbedarf der Axpo für Investitionen in den Ausbau der erneuerbaren inländischen Elektrizitätsproduktion nur in bescheidenem Masse decken.» Dementsprechend ist von einer Umsetzung des Anliegens des Postulanten Abstand zu nehmen und das Postulat abzuschreiben.

Postulat	Erheblich erklärt	Fristverlängerung	Weiterbehandlung	Aktueller Stand
2022/16 Postulat von Markus Müller vom 26. September 2022 Axpo: Versorgung der Eigerkantone stärker gewichten	19. Dezember 2022 Ratsprotokoll 2022, S. noch offen	Antrag: Abschreibung		Das Baudepartement hat zur Klärung dieser Frage eine rechtliche Einschätzung der Rechtsanwälte Dr. Mischa Morgenbesser und Dr. Jovan Dimitrijewitsch von der Kanzlei Badertscher Rechtsanwälte, Zürich, eingeholt. Im Memorandum vom 30. November 2023 kommen die Rechtsanwälte zu folgendem Schluss: «Mit dem Erlass des Stromversorgungsgesetzes soll der Schweizer Strommarkt schrittweise liberalisiert werden. Das von den Postulanten verfolgte Anliegen steht dieser Strategie entgegen und ist mit den relevanten rechtlichen Rahmenbedingungen nicht vereinbar. Grosse Stromverbraucher wie die regionalen und lokalen Stromversorgungsunternehmen mit einem Jahresverbrauch von mehr als 100'000 Kilowattstunden können ihre Stromlieferanten seit 2009 frei wählen. Die Strombeschaffung für die Grundversorgung hat dabei gemäss Beschaffungsrecht über eine öffentliche Ausschreibung zu erfolgen, sofern die Beschaffung nicht am Markt zu Marktkonditionen erfolgt. Auf diese Weise wird sichergestellt, dass mehrere konkurrierende Anbieter möglichst vorteilhafte Konditionen offerieren, da der Zuschlag letzten Endes für das wirtschaftlich günstigste Angebot erfolgt. Hiervon profitieren sowohl die Stromversorgungsunternehmen als auch die gebundenen Endverbraucher. Ein vertraglich geregelter Direktverkauf des von der Axpo produzierten Stroms zu Gestehungskosten an die Stromversorgungsunternehmen der Eigerkantone würde es diesen verunmöglichen, von allenfalls günstigeren Konditionen auf dem freien Markt zu profitieren. Die Axpo ihrerseits ist als Folge der Strommarktliberalisierung keinen rechtlichen Vorgaben zur Veräusserung des von ihr produzierten Stroms mehr unterworfen und kann über Vertragspartner, Menge und Konditionen frei entscheiden. Nur so kann sie im Einklang mit der definierten Eigentümerstrategie markt- und gewinnorientiert geführt werden. Müsste sie grössere Mengen an Strom längerfristig zu Gestehungskosten direkt an die Eigerkantone liefern, wäre sie in ihrer unternehmerischen Freiheit stark eingeschränkt. Gegen eine Abnahmepflicht des von Axpo produzierten Stroms zu Gestehungskosten bestehen erhebliche beschaffungsrechtliche und stromversorgungsrechtliche Bedenken. Zudem würde es sich hierbei um einen erheblichen Eingriff in die Vertragsfreiheit der Axpo und der Energieversorgungsunternehmen handeln.» Dementsprechend ist von einer Umsetzung des Anliegens des Postulanten Abstand zu nehmen und das Postulat abzuschreiben.

Postulat	Erheblich erklärt	Fristverlängerung	Weiterbehandlung	Aktueller Stand
2022/17 Postulat von Kurt Zubler, Urs Capaul, Markus Müller vom 26. September 2022 Strategische Kontrolle über die Axpo stärken	16. Januar 2023 Ratsprotokoll 2023, S. 26	Antrag: Abschreibung		Das Baudepartement hat zur Klärung dieser Frage eine rechtliche Einschätzung der Rechtsanwälte Dr. Mischa Morgenbesser und Dr. Jovan Dimitrijewitsch von der Kanzlei Badertscher Rechtsanwälte, Zürich, eingeholt. Im Memorandum vom 30. November 2023 kommen die Rechtsanwälte zu folgendem Schluss: «Im Jahre 2016 haben die Aktionäre der Axpo zur Verhütung von Rollen- und Interessenkonflikten beschlossen, dass keine Mitglieder von Kantonsregierungen oder Verwaltungsräten von Kantonswerken mehr im Verwaltungsrat der Axpo Einsitz nehmen sollen. Dieses Vorgehen steht im Einklang mit den Erfordernissen des Aktienrechts und den Grundsätzen der Public Corporate Governance. Als Aktionäre haben sowohl der Kanton Schaffhausen als auch die anderen Eignerkantone dennoch die Möglichkeit, auf die Geschicke der Axpo Einfluss zu nehmen, insbesondere durch die Wahl des Verwaltungsrats. Gleichzeitig findet ein institutionalisierter und regelmässiger Austausch zwischen den Aktionären und dem Verwaltungsrat sowie der Konzernleitung der Axpo statt. Die angespannte Liquiditätssituation der Axpo im Herbst 2022 war nicht die Folge einer unzureichenden politischen Vertretung im Verwaltungsrat, sondern der von den meisten Stromerzeugungsunternehmen praktizierten Absicherung der Stromproduktion im Voraus. Vor diesem Hintergrund besteht kein Bedarf, dem Anliegen der Postulanten nach einer erneuten direkten politischen Vertretung im Verwaltungsrat der Axpo nachzukommen. Eine solche ist vielmehr abzulehnen, da sie zu Interessenkonflikten führen kann.» Dementsprechend ist von einer Umsetzung des Anliegens der Postulanten Abstand zu nehmen und das Postulat abzuschreiben.